Satzung
über die Gewährung von Heilfürsorge
für die Beamtinnen und Beamten der Berufsfeuerwehr im Einsatzdienst
vom 24.03.2014

Aufgrund der §§ 10 und 11 des Nieders. Kommunalverfassungsgesetz in der Fassung vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 16.12.2013 (Nds. GVBl. S. 307), und des § 115 Abs. 2 des Nds. Beamtengesetzes (NBG) vom 25.03.2009 (Nds. GVBl. S. 72), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 16.12.2013 (Nds. GVBl. S. 310), hat der Rat der Stadt Hildesheim in seiner Sitzung vom 24.03.2014 folgende Satzung beschlossen:

(Amtsblatt Landkreis Hildesheim 2014, Seite 239, Inkrafttreten 01.04.2014)

§ 1
Gewährung von Heilfürsorge

- (1) Beamtinnen und Beamten im Einsatzdienst der Berufsfeuerwehr der Stadt Hildesheim wird freie Heilfürsorge gewährt, wenn Besoldung gezahlt oder wegen der in § 80 Abs. 1 S. 3 Nrn. 1 bis 4 NBG genannten Umstände nicht gezahlt wird; § 80 Abs. 1 S. 4 NBG gilt entsprechend.

Heilfürsorgeberechtigte können die Gewährung von Heilfürsorge ablehnen. Sie erhalten dann ab dem Ersten des auf die Ablehnung folgenden Monats Beihilfe nach Maßgabe des § 80 NBG. Ein Widerruf der Ablehnung ist ausgeschlossen.

- (2) Beamtinnen und Beamten im Einsatzdienst der Berufsfeuerwehr der Stadt Hildesheim, die bisher Heilfürsorge durch Übernahme der Beiträge zur Krankenversicherung erhalten (Altfälle), wird weiterhin Heilfürsorge in dieser Form gewährt.

§ 2
Inkrafttreten, Außerkrafttreten

- (1) Diese Satzung tritt mit Wirkung vom 01.04.2014 in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Satzung über die Gewährung von Heilfürsorge für die Beamtinnen und Beamten der Berufsfeuerwehr im Einsatzdienst vom 17.12.2012 (Amtsblatt für den Landkreis Hildesheim S. 1238) außer Kraft.

Hildesheim, den 24.03.2014

Gez.
Dr. I. Meyer
(Oberbürgermeister)
Stadt Hildesheim